



Protokoll Delegiertenversammlung der SP Stadt Bern 28.10.2024, Hotel Bern

Protokollführer: Niklaus Baltzer, SP-Sektion Länggasse-Felsenau
DV beginnt 19 Uhr, Medien sind keine präsent.

Einzelne kürzere Wortmeldungen wurden nicht erfasst. Entscheide sind **fett** hervorgehoben.

Präsenz: gemäss separaten Listen (Listen nach Sektionen). Es sind 70 Delegierte und Mandatsträger:innen (Stimmberechtigte) anwesend, Gast: Jacqueline Badran.

1. Begrüssung der Anwesenden

Das Co-Präsidium (Lena Allensbach & Meret Schindler) begrüsst die Anwesenden und blickt auf anstehende Wahlen vom 24.11.2024.

2. Wahl der Stimmzählenden

Nominiert werden: Peter Blaser, Béatrice Stucki, Marieke Kruit, Dominik Fitze, Anna Spiess.

- **Gewählt mit 70 Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen**

3. Verabschiedung des Protokolls vom 26.8.2024

Das Protokoll, verfasst von Chandru Somasundaram (SP Bümpliz/Bethlehem), wurde per Mail verschickt.

- **Protokoll verabschiedet mit 70 JA-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen.**

In der letzten DV gab es viele Rückmeldungen zum Wirtschaftspapier. Wichtig: Der Ton muss anständig bleiben. Vorlaufzeit für Papiere werden in Zukunft länger sein. Für die DV im Januar 25 und in Zukunft sollen 6 Wochen Vorlaufzeit für Positionspapiere eingeplant werden. Es gibt Antragsfristen, um Anträge frühzeitig in die Papiere einarbeiten zu können. Für die nächste DV wird eine Tagesordnung erarbeitet, um die Papier-Besprechung besser zu strukturieren.

4. Parolenfassung zur Abstimmung vom 24.11.2024

Präsentation der Vorlage des Budget 2025 der Stadt Bern durch Johannes Wartenweiler:

Gemeinderat: Budget sieht Ausgaben und Einnahmen von rund 1.4 Milliarden vor und ein Defizit von 28 Millionen. Die Stadt war und bleibt die Cash-Cow des Kantons. 120 neue Stellen werden geschaffen (Grund: Stadtwachstum, Schüler:innenwachstum). Investitionen in die Infrastruktur sind notwendig und kosten.

Antrag der GL: JA zum Budget. Argumente: Es sind verantwortbare Ausgaben. Wir wollen eine vielfältige, klimafreundliche, lebensnahe Stadt. Wir verantworten die Schulden gegenüber den zukünftigen Generationen.

Diskussion: keine

- **Budget 2025: Parole gefasst mit 70 JA-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen.**

5. Gastreferat Jacqueline Badran: Boden- und Immobilienpolitik

Erst gibt es als Entrée ein Wahlaufzuruf für die Berner Gemeindewahlen.

Wichtigste Punkte des Referats:

Bundesverfassung regelt das Wohnen umfassend (BV 41 und 108), umfassender als vieles andere sonst. Verfassung fordert selbstbewohntes Eigentum und gemeinnützigen Wohnungsbau. Doch das werde nicht eingehalten.

Wohnen ist heute das Armutsrisiko Nummer 1, weit vor allem andern, wie der Krankenkasse und damit auch der Kaufkraftkiller Nummer 1. Früher hätten sich rund 40% der Mietenden Eigentum leisten können, heute sind es noch ca. 10%. Der gemeinnützige Wohnungsbau stagniert seit Jahrzehnten. Immobilienkonzerne und Finanzdienstleister dominieren den Markt.



Die Immobilienbranche hat heute mit einem Wert von 4.4 Billionen CHF den grössten wirtschaftlichen Anteil, mehr als die Finanzbranche. Doch die Gewinne aus dem Boden müssten gemäss Verfassung wieder an die Bevölkerung zurückfliessen. Denn: Boden ist nicht vermehrbar. Das treibt die Preise ins unendliche. Es gibt keine Marktwirtschaft in diesem Bereich, weil es kein Angebot-Nachfrage-Balance gibt. Und es gibt einen Konsumzwang, alle müssen wohnen können. Der Anbieter kann deshalb den Preis diktieren.

Bei der Pharmaindustrie ist der Staat daran, die Preise zu regulieren. Beim Boden kann der Staat auch regulieren. Das tut er über die Verfassung auch, indem etwa die Nettorendite durch das Bundesgericht jahrelang auf 0.5% begrenzt war. Nun hat es diese Renditegrenze 2020 auf 2% angehoben! Die Mieten sind 2010 um 22.1% gestiegen, die Teuerung nur um 2%, während die Hypotheken gar um 30% gefallen sind. Mietende zahlen deshalb 10.5 Milliarden pro Jahr zu viel an Mietzins! Die Erhöhung der Nettorenditegrenze weist in die falsche Richtung.

Der Leerwohnungsbestand schwankt zwischen 0.5 und 1.8%. Massgebend für den Leerstand sind die Zinsen: tiefe Zinsen bedeutet hohe Bautätigkeit und umgekehrt. Es geht also nur um die Frage, wie das Kapital eine möglichst hohe Rendite erzielt. Dabei hat das bürgerliche Parlament noch in den 60er Jahren postuliert, dass Immobilien keine reine Kapitalanlage sein dürfen (Lex von Moos). Infrastrukturgewinne führen dazu, dass die Immobilienbranche zu den höchst-subventionierten Profiteuren unserer Gesellschaft gehört.

Was ist zu tun? Die Städte müssen viel mehr Land kaufen und dieses gemeinnützigen Organisationen oder allenfalls Privaten im Baurecht zur Verfügung stellen. Eine weitere Überlegung ist die Subjekthilfe: Über die AHV/IV werden 300 Millionen an Zuschüssen als Subjekthilfe an Mieten bezahlt. Die gehen alle an Immobilienbesitzer:innen. Das ist ein Fehlanreiz! Hier müsste dringend nachjustiert werden, damit die Mietenden davon profitieren.

Fragen aus dem Publikum:

- Was ist die Meinung von Jacqueline zu den Mietrechtsvorlagen, die zur Abstimmung kommen? Jacqueline: Beide Vorlagen sind abzulehnen, sie schaden den Mietenden und höhlen den Mieterschutz aus. Die Vorlage ist gegen ältere Menschen gerichtet.

6. Varia

Charlotte (JUSO):

- Hinweis zur Unterstützung der laufenden Juso-Initiative «Für eine Zukunft»: Sie sieht die Finanzierung der Klimamassnahmen durch eine stärkere Erbschaftssteuer vor. Die Gegner:innen mobilisieren wie verrückt. Über ein Crowdfunding wird Geld zur Unterstützung der Initiative gesammelt. Weitere Informationen findet man [hier](#).
- Es findet ein Jubiläumskonzert des Chors Linksdrall statt am 15.11. im Kirchgemeindehaus St. Marien um 19:00 (Türöffnung 18:30): [Mehr Informationen](#).
- Dominik Fitze bittet als Co-Wahlkampfleiter um die Unterstützung bei den anstehenden Telefonaktionen im November.
- Meret erinnert an die Wahlparty im Stellwerk diesen Freitag (1.11.) zum Wahlkampfstart.

Ende der Versammlung: 20:50 Uhr

Protokoll: Niklaus Baltzer
